

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

16.12.1873 (No. 292)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

N^o. 292.

Erscheint täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen
1 fl. 28 kr. vierteljährlich.

Dienstag, 16. December

Insertionsgebühren:
die gespaltene Zeile oben oben
Raum 4 Kreuzer.

1873.

*Preussisches Abgeordnetenhaus.

Aus der Sitzung vom 10. d. theilen wir nach der „Germania“ die Berathung über den hochwichtigen Antrag des Abg. Reichensperger mit, welcher dahin lautet:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: an die königliche Staatsregierung die Erklärung gelangen zu lassen, daß der seit dem Jahre 1871 zerstörte kirchliche Friede des Landes nach den ernstesten Erfahrungen der Gegenwart nicht durch Verfolgung der Bahnen, welche mit den neuesten, das Kirchenwesen betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsacten betreten worden sind, sondern nur durch die Rückkehr zu den in langjähriger Vergangenheit bewährten Grundsätzen zu erreichen ist.“

Abg. Reichensperger weist zunächst darauf hin, daß es sich hier um eine Staatsfrage im eminentesten Sinne handle, denn wie die Schmach und Erniedrigung Deutschlands in dem bis zum offenen Kampfe gesteigerten confessionellen Gegensatz ihren Grund hatte, so hat nach dem Zeugnisse des „Preuß. Staatsanzeigers“ von 1866 der kirchliche Friede Erfolge erzielt, wie sie kaum gehofft werden konnten. Die Thronrede bei Eröffnung des Landtages sage, die Maigesetze sollten das Rechtsverhältnis von Staat und Kirche klarer bestimmen, der Widerstand der Bischöfe sei ein ganz ungerechter, weil durch diese Gesetze das religiöse Leben der Confectionen nicht gefährdet werde. Die Klarheit der Gesetze wird illustriert durch die verschiedenen Erlasse der Behörden, die bessere Regelung des bisherigen Rechts charakterisirt sich durch Abänderung des Staatsgrundgesetzes; ich bin überzeugt, daß die Regierung einen derartigen Widerstand bei Einbringung der Gesetze nicht erwartet hat, und dieser Irrthum hat eben unsere schwere Lage geschaffen. Redner geht dann auf die von Bismarck vorgeschützte Ursache des inneren Krieges, die Wahllegislation von 1870, worin eine Mobilmachung liegen soll, näher ein. Man hat unsern Standpunkt gefälscht, und der bitterste Reichsfeind mit dem Verstande eines Machiavelli und der Feder eines Rousseau könnte dem Reiche keinen schwereren Schaden zufügen, als durch den Vorwurf der nothwendigen Reichsfeindlichkeit der Katholiken. Wer anders war 1848 die treueste Stütze der Ordnung als wir?! Wir waren mäßig und versöhnend bei allem Wechsel der Parteien stets mit dem Grundsatz, das Staatsgrundgesetz aufrecht zu halten, und in der Reactionsperiode haben wir gezeigt, daß wir auch andere, als kirchliche Interessen haben, und in der Reactionsperiode haben wir gezeigt, daß wir auch andere als kirchliche Interessen zu vertreten wissen. Wenn wir nach dem Syllabus keine Freunde der Freiheit sein könnten und es doch sein wollen, so seien Sie doch froh, daß wir Rebellen gegen Rom wären. Das Ministerium kennt ja die Wege der Denunciation nach Rom. (Unruhe links.) So viel seien Sie versichert, daß unsere politische Stellung völlig unabhängig von der Billigung oder Mißbilligung des Papstes ist. Redner zählt dann zum Beweise der systematischen Verfolgung der Kirche die einzelnen Gesetze bis zu den Maigesetzen auf — aber die Maigesetze waren verfassungswidrig, sie sind nichtig! Nach kurzer Charakterisirung der Gesetze beweist er, daß ihre weitere Ausführung zu einem staatlichen Interdicte über das Land führen müßte. Das katholische Volk steht hinter seinen Bischöfen, und wer da glaubt, daß ein katholischer Bischof sich diesen Gesetzen fügen könne, kennt eben nicht das Wesen der katholischen Kirche und eines katholischen Bischofs, der eben ein Hirte ist, welcher sein Leben gibt für seine Schafe, aber kein Missethäter, welcher flieht, wenn der Wolf kommt. Unsere Bischöfe üben den berechtigten passiven Widerstand, der berechtigt ist, wo Moral und Religion mit dem Gesetz in Conflict gerathen. Sie thaten gut, sich daran zu erinnern, daß, wenn nicht das Licht des Glaubens leuchtet, nur die Fackel des Petroleums mehr übrig bleibt, daß die gedrückte Kirche doppelte Kraft hat und auch noch heute im Stande sein

wird, aus einem Saulus einen Paulus zu machen.

Cultusminister Dr. Falk erkennt die Richtigkeit der Motive des Vorredners, die ernstesten Erfahrungen der Gegenwart, vom Standpunkte desselben an, er (Redner) finde von seinem Standpunkte zunächst, daß die Bischöfe Preußens sich unter einander verbündet hätten, das Gesetz des Staates, dem sie angehörten, das Gesetz ihres Vaterlandes geringer zu achten als den Willen eines Mannes außerhalb des Vaterlandes. (Lebhafter Beifall. Zwischen im Centrum.) Der Minister verbreitet sich dann über die verschiedene Haltung der Bischöfe bei dem Infallibilitätsdogma und auf der letzten Fuldaer Zusammenkunft, um damit die Abhängigkeit derselben von Rom zu beweisen. Allein — so fährt er fort — ihr Wort, die Staatsgesetze zu mißachten, haben sie redlich gehalten, und das einer Regierung gegenüber, die ihnen auf das loyalste entgegenkam. In der Hoffnung, die Bischöfe würden noch Einsicht, Vaterlandsliebe und Mitleid mit ihren Diöcesanen genug haben, um ein freundliches Verhalten gegen die Maigesetze herbeizuführen, ist die Regierung Schritt für Schritt, als sich diese Hoffnung nicht verwirklichte, weiter gegangen; die Bischöfe haben die untergebene Geistlichkeit in Mitleidenschaft gezogen. Wir sehen einen Clerus abhängig in jeder Beziehung von den Bischöfen, ihrem Willen folgend, trotz der Nachtheile, einen Clerus, der den activen Widerstand bei der urtheilslosen Masse mit geschicktem Eifer in die weitesten Kreise hinausleitet, und wir haben weiter die ernste Erfahrung machen müssen, daß ein sehr großer Theil der katholischen Bevölkerung, aber immer nur ein Theil, in Mißverstand es über sich nimmt, alle derartigen Nachtheile, wie ich sie andeute, auf sich zu nehmen. Kann man es recht mit einem bischöflichen Gewissen vereinigen, wenn der Erzbischof Ledochowski auf die maßvolle, durch das Gesetz dem Präsidenten zur Pflicht gemachte Aufforderung, das Amt niederzulegen, in lähnender Selbstüberhebung sich selbst glorificirt?! Man macht die wunderbarsten Erfahrungen über diese Zeit: ein Bischof, dem die größten gesellschaftlichen Androhungen bevorstehen, schließt schnell mit seinem Bruder einen Vertrag, in welchem er ihm sein gesamtes Mobilar mit Ausnahme der zum persönlichen Gebrauch nöthigen Gegenstände überträgt, und behält sich doch von dem ganzen Mobilar für sein ganzes Leben den Nießbrauch (Hört! links); das hat der Bischof Martin von Paderborn gethan. Bei solchen Erfahrungen über das Gewissen der Bischöfe haben diese nicht mehr das Recht, sich auf solchen Rückhalt zu stützen. Nimmt man die Agitationen in der Presse, auf der Kanzel, im Beichtstuhl (Psui! im Centrum), so wird man es wohl erklärlich finden, es sei in der katholischen Bevölkerung der Glaube verbreitet, wir wollen den katholischen Glauben zerstören. Es ist das, ich erkläre es offen, eine Lüge. Wir haben es mit einer irgeleiteten Bevölkerung zu thun, die vielleicht doch einmal zur Einsicht kommen wird. (Widerspruch im Centrum.) Schwer mag die Sache sein, haben wir doch heute wieder von dem Antragsteller eine eigenthümliche Erklärung aus einer schwer zu verstehenden Rechtsphilosophie von Stahl vernommen, woraus aber das eine Wort „Empörung“ recht sehr deutlich zu verstehen war. Die unbelehrte Menge draußen, die wird wenigstens nichts Anderes daraus entnehmen und verstehen als dies eine Wort „Empörung“. (Sehr wahr! links.) Sie sprechen von dem bisherigen Frieden in Preußen, aber wie ist denn der zu Stande gekommen?! Einfach durch die Unterwerfung des Staats, durch fortwährendes Nachgeben des Staats gegenüber der kathol. Kirche. Redner tadelt darauf auf das Festigste das Verhalten der katholischen Abtheilung im früheren Cultusministerium. Einen Rückzug kennt die Regierung nicht, und keine Regierung in Preußen kann auf diesem Wege innehalten um den Preis der Souveränität des preussischen Staates. Unsere praktische Antwort auf diese Anträge wird die Befestigung, Erläuterung und Verschärfung der Maigesetze sein, die Regierung ist bemüht, die Vorlagen

vorzubereiten, und wird Ihnen bald den thatsächlichen Beweis geben. (Beifall links.) Daß Sie die heutigen Anträge ablehnen werden, davon ist die Regierung überzeugt. (Lebhafter Beifall. Zwischen im Centrum.)

Von den Abgg. Virchow und Rickert wird folgende motivirte Tagesordnung eingebracht: In der Erwartung, daß die königliche Staatsregierung den bestehenden Gesetzen Achtung verschaffen und den Erlaß der zur Ordnung der kirchlichen Zustände unentbehrlichen Gesetze herbeiführen wird, geht das Haus über den Antrag der Abgg. Reichensperger und Genossen zur Tagesordnung über.

Abg. Dr. Löwe: Wir sind der Ueberzeugung, daß wir dem ganzen Lande und der ganzen Nation ein klägliches Schauspiel darbieten würden, wenn wir diesen Antrag annehmen wollten. Wir haben die Gesetze, nicht kühn geworden durch Kriege und Siege, sondern als liberale Partei stets gefordert von der Regierung, wir haben gewarnt vor einem Staate im Staate, gewarnt vor der Zusammensetzung der Kirche, die gegen den nationalen Geist gerade unserer Nation sich richtet. In dem Augenblicke, wo diese Regierung an die große Aufgabe trat und Preußen sie begriffen hat, sind wir an ihre Seite getreten und werden daran aushalten, weil daran die Ehre und Zukunft unseres Landes geknüpft ist. Wenn wir heute nur von Neuem Zeugniß dafür ablegen, können wir doch die großen Veränderungen nicht leugnen, die inzwischen eingetreten sind. Die große Masse, der das Centrum als Führer dient, ist ganz anders gesinnt, der Papst selbst hat ganz andere Ansichten über Verfassung und Gesetz als Sie. (Redner citirt dann eine Stelle aus einer Allocution vom 22. Juni 1868, betreffend Oesterreichs Grundrechte.) Betrachten wir die Allocution und die Dogmatisirung der Infallibilität, so müssen auch diejenigen die Augen öffnen, die sonst auf Ihrer Seite gestanden. Dadurch haben sich die Verhältnisse sehr verändert. Ich muß noch das Verhältniß berühren, das die Ultramontanen in den Staaten gegen das deutsche Reich eingenommen haben: den Haß gegen das Reich, und betrachten wir daneben ihre Abhängigkeit von Rom, so müssen wir darauf dringen, den Staat im Staate zu beseitigen und der drohenden Gefahr überall und in jedem Punkte entgegenzutreten. Mit diesen Ihren Bestrebungen wenden Sie sich gegen den Geist unserer Nation; Sie werden aber im wiedergeborenen Volke eine Macht finden, an der Ihre Kraft brechen wird. Sie thun sich selbst Unrecht; Sie hatten die Herrschaft der Kirche über den Staat im vorigen Jahre aufgegeben, durch den Jesuitenorden aber jetzt den Gedanken wieder aufgenommen; wir aber werden uns auf Seiten der Nation stellen, unbefümmert um Ihre Reden von Diocletian, Nero und Edict von Nantes.

Darauf wird der Schluß der Discussion (gegen das Centrum) angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen des Abg. Reichensperger gegenüber dem Cultusminister Dr. Falk, des Abg. Dr. Kräzig als Mitglied der früheren katholischen Abtheilung des Cultusministeriums.

Sodann erhält noch als Mitantagsteller Abg. Windthorst (Meppen) das Wort: Der Herr Cultusminister und der Abg. Löwe bewegen sich ganz genau in demselben Ideengange, wenn aber der Abg. Löwe noch eine besondere Stellung einnehmen will, so hätte ihn die Erfahrung dahin bringen sollen, das russische Kirchenthum und den Staatsabsolutismus in keiner Form zu wollen. Bis heute haben die Herren stets die Freiheit, auch die Freiheit der Kirche vertheidigt, doch haben die Herren sich wunderbar geändert, und statt der Freiheit haben sie für alle Kirchen nichts als den Corporalstock, die Polizei. Der Antrag des Abg. Reichensperger ist sehr wohl überlegt und ernst gemeint. Wir haben geglaubt, die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Kampf zu lenken, das Volk, welches uns gewählt, verlangt das, und daß Sie heute die Discussion so schnell schließen, beweist mir, daß Sie nicht den Ueber-

Legungen eines ruhigen Verstandes folgen. Uns steht gegenüber eine Majorität mit überwiegend Protestanten, und wir sind daher so weit gekommen, daß sich die protestantische Bevölkerung in Preußen anmaßen will, das zu entscheiden, was uns Katholiken zukommt, das ist eine Thatsache, die Sie nicht leugnen können. Bei der großen Waise, die wir mit der Gründung des deutschen Reiches gemacht, hätten vorsichtige Staatsmänner daran denken sollen, wie man eine Majorisirung der Katholiken verhindern solle. Die Vernachlässigung dieser Erklärung ist der Grund des jetzigen Conflictes. Die Katholiken haben ihre Wünsche in der Hinsicht ausgesprochen, sie wurden in den constituirenden Reichstag gebracht nicht von Katholiken, sondern vom Pastor Schnabe und Genossen. Die Herren forderten in guter Vorahnung Garantien zur Sicherheit der religiösen Freiheit, und am 19. März 1867 wurde dieser Antrag verhandelt, jedoch zugleich mit den Amendements abgelehnt. Dieser Tag war ein dies nefastus für das Reich. Als das Reich sich später constituirte oder constituirt war, haben die Katholiken die Garantien verlangt; auf ihre Vorstellungen an den Kaiser und den Fürsten Bismarck ist nie eine Antwort gekommen. Nachdem in Folge der Kölner Wirren Friede eingetreten, hatte Friedrich Wilhelm IV. die Mißstände beseitigt und die Garantie in die Verfassung aufgenommen. Die Erledigung des Erzbischofsitzes ließ in Köln eine Umkehr merken. Die Canonisten forderten Remedur, die Atmosphäre war zubereitet, da kam der Bericht des Herrn Professor Sneyt, in dem die Keime unserer jetzigen Verhältnisse liegen. Diese Wahrnehmungen haben die Katholiken aufmerksam gemacht, Männer zu wählen, die die Verfassung Friedrich Wilhelms festhielten. Der Dr. Löwe wirft uns Abhängigkeit von Rom und Widerspruch mit dem Geiste der Nation vor. Wir folgen in kirchlichen Dingen der Autorität der Kirche, in weltlichen Dingen der weltlichen Autorität des Staates. Wenn der Herr Cultusminister uns und den Bischöfen einen Vorwurf daraus macht, daß wir in Fragen des Bewußtens uns an das Oberhaupt in Rom wenden, dann macht er uns einen Vorwurf daraus, daß wir überhaupt Katholiken sind. Der Cultusminister hat auf die Gesetze hingewiesen; es heißt an anderer Stelle: „Wir haben ein Gesetz, und nach diesem muß er sterben“. Und war das Ganze von Seiten des Cultusministers keine *petitio principii*? Ist es nicht erlaubt, daß wir bitten hier und außerhalb des Hauses: Nehmt die Gesetze zurück, denn den Verpflichtungen gegen unsere Kirche werden wir nie ungetreu sein? Sie wollen unsere Religion nicht antasten, aber was unsere Religion ist, müssen wir wissen, und wir sagen, Sie tasten sie an. Der Cultusminister hat sich dann in einem Tone über unsere Bischöfe geäußert, den ich nicht erwartet habe. Alle, welche noch Sinn für Freiheit haben, werden in den Bischöfen Riesen der Freiheit sehen, und wo sind solche Charaktere in unseren matten Zeiten, die sich noch verfolgen lassen? Eine Ueberzeugung, die die Verbannung selbst überwindet, sollte geachtet werden. Sie, Herr Minister, sprechen von Abhängigkeit des Clerus, Sie haben aber doch die Geislichen freigemacht von den Bischöfen, dieselben können jeden Augenblick appelliren an den Gerichtshof, aber daß sie es nicht thun, beweist ihre Ueberzeugung. Und ist nicht die Wahl von der russischen Grenze bis zum Westen ein Zeichen der Ueberzeugung? Das hat nicht Mainzer Verein und Ranzel gethan. Gehört denn die Abschaffung des Beichtstuhls auch zu den neuen Gesetzen? Die Blätter der Regierung haben die Verdächtigungen und Verleumdungen gegen uns in alle Welt verbreitet. Es geht durch das katholische Volk Deutschlands das Bewußtsein, daß es im Gewissen angegriffen ist, und Ihre Maßregeln führen dazu, daß dieses Bewußtsein allmählich auch in der protestantischen Welt zu Tage treten wird. Die Angriffe, die der Minister gegen seine Vorgänger und Mitglieder des Cultusministeriums geschleudert, sind unerhört, Jedermann weiß, daß sie ihrer Pflicht Genüge geleistet. Wenn es eine mißliche Sache ist, daß eine Abtheilung von confessionellen Leuten zusammenarbeitet, dann frage ich den Cultusminister, was sollen wir sagen, daß das ganze Ministerium protestantisch ist? Die Bischöfe und Priester, die der Cultusminister entsenden sollte, werden von den Gemeinden nicht acceptirt werden. Der Cultusminister will sich über den Ersatz verurtheilter Bischöfe mit dem Hause verständigen. Wahrscheinlich hat er einige neue auf Lager (Heiterkeit), aber die Gemeinden werden sich hüten, Bischöfe aus den Händen des Ministers zu acceptiren. Als Schluffeffect hat er die Civilehe in der Tasche, und der Coup, der durch diese Vorlage vielleicht heute noch gemacht werden soll, möge durch die Versicherung

etwas abgeschwächt werden, daß die Evangelischen unter ihrer Einführung mehr leiden werden, als die Katholiken. Der Minister erklärt jede Umkehr für unmöglich; aber die Ministerien vergehen, die Dynastien bleiben, und wir haben ein Interesse daran, daß sie bleiben. Ob es möglich ist, die ganze kath. und protest. Bevölkerung so unzufrieden zu machen, will ich denen überlassen, die berufen sind, die Krone in ihrer Immunität zu wahren. Ich meine, es ist nicht möglich, ich wünsche ruhige Erwägung und behaupte, es muß der Friede wieder hergestellt werden, ohne den Satz: „stat pro ratione voluntas“ in Anwendung zu bringen. Die Bischöfe haben dem Minister bereits Antwort gegeben, nur durch Verhandlungen kann der Friede wieder kommen; ich wünsche denselben wieder herbei und würde Alles für denselben aufbieten, aber nach einer Sprache, wie ich sie heute gehört, ist die Hoffnung sehr klein. Der Antrag Reichensperger fordert einfach das System Friedrich Wilhelms IV., das System des Zusammengehens der Kirche mit dem Staate, das einzig richtige System. Will man uns das nicht geben, dann fordern wir die vollständige Trennung von Kirche und Staat, freilich in der Meinung, zu dem gesunden Zustande zurückzukommen. Wir wollen den Frieden haben, wenn wir ihn haben können; wollen Sie ihn uns nicht geben, werden wir im passiven Widerstand verharren und — siegen. (Bischen links; Bravo! im Centrum.)

Das Resultat der Abstimmung haben wir früher bereits mitgetheilt.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 12. Dec. (II. Kammer.) Nach Verlesung verschiedener Petitionen, unter denen die von uns in der letzten Nummer aus Gutenstein bereits mitgetheilte die interessanteste ist, und nach Nichtigstellung der angeblichen Altkatholikenpetition von Buchen folgt der mündliche Bericht der Budgetcommission über die Rechnungsnachweisungen des Justizministeriums für die Jahre 1870/71, erstattet von dem Abg. Sachs v. C. Die Anträge auf Genehmigung werden ohne Discussion angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesezentwurfs, die öffentlichen Mahnungen bei der Vereinigung der Grund- und Pfandbücher betr., erstattet von dem Abg. Sachs v. S.

Abg. Huffschildt ist nicht mit einem Antrage der Commission einverstanden, wornach das Pfandgericht Nachforschungen nach den Rechtsnachfolgern eines Gläubigers anstellen solle, das könne man dem Pfandgerichte nicht zumuthen und die Zustellungsgebühren in anderen Staaten seien sehr bedeutend, die man am Ende dem Pfandgericht selbst auferlegen würde. Redner will daher die Zustellung durch den Gerichtsboten innerhalb des Landes für obligatorisch erklärt wissen, und im Ausland durch Postzusendung gegen Postschein, und stellt einen darauf bezüglichen Antrag.

Geh. Rath v. Freydrorf sieht im Antrag des Vorredners eine verschiedene Behandlung der Gläubiger innerhalb und außerhalb des Großherzogthums: letztere seien dabei benachtheiligt, wenn für eine Zustellung an sie ein Postschein genügen solle, und das könne dem Credit bei uns nach auswärts hin schaden.

Nachdem Junghanns, Bender und Baute sich für den Antrag der Commission erklärt, hält v. Feder Huffschildts Antrag für den correcteren, da ja auch das Reichsoberhandelsgericht seine Zustellungen durch Postscheine insinuirt. Dagegen erklärt sich Geh. Rath v. Freydrorf abermals mit Hinweis auf die verschiedenartige Behandlung von In- u. Ausländern hiermit nicht einverstanden. Nachdem noch Bär sich geäußert und Huffschildt seinen Antrag abermals vertheidigt hatte, wogegen Geh. Rath v. Freydrorf replicirte, wird der Schluß der Debatte angenommen. Abg. Sachs v. S. wendet sich als Berichterstatter noch gegen einige Ausführungen der Abgg. v. Feder und Huffschildt. In der darauf folgenden Abstimmung wird der Antrag des Abg. Huffschildt mit großer Mehrheit abgelehnt und darauf der Commissionsantrag angenommen. Das ganze Gesetz wird schließlich in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Es folgt darauf die zweite Berathung des Gesezentwurfs, das Polizeistrafgesetzbuch betr.

Referent Bär: Er sei bei der ersten Berathung mißverstanden worden sowohl im Hause als in der Presse; er habe das Gegentheil von dem gesagt, was z. B. in der Neuen Bad. Landeszeitung enthalten gewesen.

Hansjakob: Er sei bei der ersten Abstimmung über den vorliegenden Gesezentwurf nicht anwesend gewesen, sonst hätte er dagegen gestimmt, werde es aber heute thun und deshalb kurz seine Abstimmung

motiviren. Der Gesezentwurf sei so allgemein und unbeschränkt gefaßt, daß damit den Orts- und Bezirkspolizeibeamten Thür und Thor geöffnet sei, und er fürchte, daß man ungerechter Weise mit Strafen vorgehen und Eingriffe in die persönliche Freiheit machen werde. Namentlich fürchte er die Experimente der Mediciner in dieser Hinsicht und Verschärfungen des Impfwanges. Redner sei, wie bekannt, ein Gegner nicht bloß des Impfsens, sondern auch des Impfwanges, das Volk sei durch letzteren schon genug malträtirt, man solle es nicht noch durch mehr malträtiren. Er stimme daher gegen die Vorlage.

Staatsminister Solly: Die Behauptung, daß die Regierung das Volk durch Verordnungen malträtire, sei gegen allen parlamentarischen Anstand.

Frank lobt den Gesezentwurf als wohlthätig und weist Hansjakobs frühere Äußerungen zurück, wornach der Mehraufwand für Medicinalzwecke zur Abhaltung der Kinderseuche nicht gerechtfertigt sei. Wenn Hansjakob sich für eine medicinische Autorität halte, so sei das eine Manie, die Andere nicht theilten. Die Regierung solle auch künftig ebenso handeln wie das letzte Mal, wenn der Fall wieder vorliege.

Hansjakob: Er erwidere dem Abg. Frank, daß derselbe ganz falsche Schlüsse gemacht habe, wenn er behaupten wolle, durch die Chlorräucherung bei Kehl sei die Kinderpest verhindert worden. Man schließe bekanntlich nicht *post hoc, ergo propter hoc*. Wenn Frank glaube, Hansjakob halte sich für eine medicinische Autorität, so müsse er darauf hinweisen, daß heut zu Tage Alles in Theologie schustere und die badische Kammer sei seit 13 Jahren ein theologisches Collegium geworden, also könne man auch einem Theologen nicht verübeln, wenn er etwas Curpfuscherei treibe (Heiterkeit). Wenn Frank ferner glaube, der frühere Abg. Eschbacher habe wahrscheinlich nur aus Alotria Hansjakob gegenüber gestanden, daß die Chlorräucherungen nichts nützen, so halte er entgegen, daß er nicht dumm genug sei, um von dem Herrn Eschbacher oder Frank mit sich Alotria treiben zu lassen.

Abg. Bär: Das Martyrium Hansjakobs sei etwas verbraucht, weshalb Chloralkali und Impfwang bei ihm herhalten müsse; es empfehle sich vielleicht, ihm eine Stelle in einer Sanitätscommission anzuweisen.

Correferent Junghanns bittet nochmals um möglichste Schonung der individuellen Freiheit bei Durchführung des Gesetzes.

Abg. Hansjakob (persönliche Bemerkung): Er theile dem Abg. Bär zunächst die schauerliche Mähr mit, daß die Geschichte von seinem (Hansjakobs) Martyrium noch lange nicht zu Ende sei, er habe noch Vieles auf dem Herzen, das er im Verlaufe des Landtages noch bringen werde. Was aber den Vorschlag des Abg. Bär betreffe, ihn (Hansjakob) zum Mitglied des Sanitätscollegiums zu ernennen, so sei das ein Vorschlag zu seiner Zeit. Die Majorität des Hauses werde ja nächstens einen Gesezentwurf einbringen, wornach ein Pfarrer sehr leicht abgesetzt werden könne und da es in der Gegend, wo Redner wohne, nicht an „classischen Zeugen“ fehle, so könnte es ihm leicht passiren, daß er um seine Pfarrei läme und wäre dann eine Stelle als Obermedicinalrath mit entsprechendem Gehalt nicht so übel (Heiterkeit). Er sei daher bereit, diese Stelle sofort anzunehmen und wolle dann diejenigen in die Cur nehmen, die an der altkatholischen Krankheit laborirten. (Große allgemeine Heiterkeit, namentlich auf der Gallerie.)

Das Gesetz wird darauf mit allen gegen die Stimme des Abg. Hansjakob angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag, 16. d., Vorm. 11 Uhr: Beantwortung der Interpellation des Abg. v. Feder über die Eigenthumsverhältnisse bei Militärgrundstücken und des Abg. Junghanns über die Stellung der Regierung zur Diätenfrage für die Reichstagsmitglieder.

Deutschland.

X Karlsruhe, 13. Dec. Dem Bernehmen nach wird von Seiten der bedrohten Geldmänner vorsichtig, aber mit größtem Eifer allenthalben gegen die Einkommensteuer intrigirt. Das gegenwärtige Steuer-system, welches den Grundbesitz und die Arbeit fast allein mit Steuern belastet, ist allerdings für reiche Mißgänger zu reizend, um ohne heftigen Widerstand preisgegeben zu werden.

† Karlsruhe, 14. Dec. Wie wir hören, ist die Commission der 2. Kammer darüber einstimmig, die Einkommensteuer im Principe anzunehmen. Die weitaus größere Mehrheit der Mitglieder besteht aber darauf, mit der Ausführung des Princips zur Zeit nur für das bewegliche Vermögen vorzugehen

und den Grundbesitz zunächst aus dem Spiele zu lassen. Der Grundbesitz ist nämlich unbestrittenermaßen bereits gegenwärtig hinreichend belastet. Dagegen sollen mittelst der Einkommensteuer die großen beweglichen Steuerwerthe, welche bisher ganz übermäßig begünstigt waren, in verhältnißmäßiger Weise zu den Staatslasten herangezogen werden können. Die kleinen beweglichen Steuerwerthe sollen mit jedem Zuschlage verschont bleiben.

* Karlsruhe, 15. Dec. Wie wir vernehmen, wird Samstag den 20. d. die letzte Landtagsitzung vor Weihnachten stattfinden und am 11. Januar, also einen Tag nach den Reichstagswahlen, die Thätigkeit der Kammer wieder aufgenommen werden. Heute findet auf ergangene Einladung des Handelsministeriums eine parlamentarische Eisenbahnfahrt zur Besichtigung der Schwarzwaldbahn statt, wozu auch die Redactionen der hiesigen Blätter Einladungskarten erhalten haben.

× Aus dem Kreise Karlsruhe, 14. Dec. Am nächsten Donnerstag den 18. d. wird in Karlsruhe die Kreisversammlung abgehalten werden. Die Gegenstände der Verhandlung sind wie bisher dieselben, nämlich: das Erziehungswesen der armen Kinder, Augenheilkunst, Unterstützung der Familien der Reserve- und Landwehrmannschaft, Wanderlehrer und Straßenbau. Neu ist nur die Errichtung einer Kreisverpflegungsanstalt für die Kreise Karlsruhe und Baden. Die Zahl der Kreisversammlungsmitglieder beträgt 56.

Immenstaad, 7. Dec. Von hier ist wieder eine Niederlage der Liberalen zu berichten, indem bei der gestern stattgehabten Gemeinderathswahl die Ultramontanen ihre sämtlichen vier Candidaten mit bedeutender Stimmenmehrheit durchsetzten. Dieß zur Ehre der wackeren Bürger Immenstaads und zur Aufmunterung für Andere! (Fr. St.)

Oppenau, 9. Dec. Bei der heutigen Ersatz- und Erneuerungswahl des Gemeinderathes siegten die „Schwarzen“ mit bedeutender Majorität.

(A. f. St. u. L.)
L Vom Rhein. Es ist wirklich bewundernswürdig, zu welcher Virtuosität es die „liberale“ Presse und ihre Correspondenten gebracht haben, um Schlappen zu verdecken! Schreibt da Einer von Schwellingen der Officiellen in Karlsruhe einen Artikel über ein Schwelinger Schämstück im großen Culturkampf der Gegenwart, daß man sich in Schwellingen und Umgegend kaum zu helfen weiß vor Lachen. Auswärtige werden wohl aus der Stilisirung des Artikels den Dunten schon riechen: Moribundi te salutant; doch soll er aus nächster Anschauung ein wenig beleuchtet werden.

Der 8. December verdient in den Annalen unserer Stadt eine besondere Erwähnung, beginnt der salbungsvolle Artikel; o, du liebe Zeit, wegen dieser verpöblichten Geschichte; doch in Einem lobe ich den Correspondent: er gesteht doch gegen sonstige liberale Gewohnheit, daß es eine kleine Schaar war und läßt auch „den Kern der Bürgererschaft, die wahrhaft Aufgeklärten...“ weg. Daß die 20 bis 30 „neukath. Bauern“ auf höhere Weisung gehandelt, meint der Correspondent natürlich, weil auf liberaler Seite Alles von oben herunter gemacht sein muß, wenn's einigermaßen Hand und Fuß haben soll. Zweimal war schon im Schwelinger Moniteur, der jetzt die gleichen Tiraden wie die Karlsruherin losläßt, eingeladen worden; „unsere Lait“ schwärmten zufällig in Nachbarorte, um auszusprengen: „Alles in Schwellingen unterschreibe“, nannten dabei ganz gute Katholiken, um dadurch anzulocken; perorirten in Birthshäusern ganz gewaltig für den Altkatholicismus, bis sie sogar von Weibern auf den Sand gesetzt wurden. Der Kathhausaal, sonst bekanntlich für bürgerliche Angelegenheiten, wird bereitwillig vom liberalen Stadtregent eingeräumt. Im vorigen Jahre diente dieser Saal, so viel ich weiß, dazu, um in Sachen von Perpetue die sorgfältige Controle der H. H. Verwaltungsräthe zu constatiren; dieses Mal die liebevolle Sorge fast der gleichen Herren für das Seelenheil der ihnen Anvertrauten, ... zwei Tage, die eine besondere Erwähnung in den Stadtannalen verdienen.

Der denkwürdige Tag brachte wunderschönes Wetter; nur wenige Bauern verirrteten sich in den Saal, um ihre Leute kennen zu lernen. Pathetisch wie immer eröffnet der Hr. Gerichtsnotar die Versammlung, liest etliche Phrasen ab, bis ihm ein Waldschuß entschieden entgegnet und ein Hoch auf den Papst ausbringt, in das alle Anwesenden mit Ausnahme der 15 Unterschreiber, die die seltsamsten Gesichtsercheinungen zeigten, einstimmten. In Kritik der Unterschreiber lasse ich mich nicht ein, denn eine persönliche Liebe ich nicht. Wenn diese nach der „Karlsru. Zeitung“ sich als altkath. Gemeinde constituirt haben,

können sie ihren Gottesdienst in den Minarets im Schloßgarten halten, der Platz reicht aus; und wenn von ihnen eine Neugeburt der kath. Kirche ausgehen soll, hat's gute Wege oder gibt eine Mißgeburt.

Wegen der Reichstagswahl tagte am 7. d. eine Versammlung in Schwellingen, die auch aus der Umgegend stark besucht war; als Candidat wurde der ministeriell-gestützte Gutsbesitzer Scipio von Mannheim vorgeschlagen; seine Freunde wünschten bestimmte Zusage der Wähler, während von anderer Seite geltend gemacht wurde, er solle zuerst sein Programm, besonders seine Stellung zur Tabaksteuerfrage, offen aussprechen. Ob und welche sonstige Candidaten in Aussicht genommen sind, ist bis jetzt nicht bekannt.

* Mannheim, 14. Dec. Bei den Ergänzungswahlen in den Gemeinderath haben die Demokraten einen vollständigen Sieg errungen.

Mannheim, 13. Dec. Zum Wahlcommissär des 11. Reichstags-Wahlkreises Mannheim-Schwellingen-Weinheim ist Herr Stadtdirector Hebling hier selbst ernannt worden.

München, 12. Dec. Auf die Vorstellung, welche der bayerische Episcopat bezüglich der königlichen Verordnung, betr. die Errichtung von confessionell-gemischten Schulen an den König gerichtet hatte, ist eine abschlägliche Entschließung des Cultusministeriums ergangen.

Aus Nassau, 10. Dec. Wie man dem „Nass. Boten“ aus Niederwalluf mittheilt, hat vorgestern bei dem dortigen Caplan Buscher eine polizeiliche Hausdurchsuchung stattgefunden. Man fand dort nach staatsgefährlichen Schriften von Bolanden. (Russisch, Nicht nach Canossa.) Die während der Abwesenheit des Hrn. Buscher vorgenommenen Recherchen waren erfolglos. Dem Vernehmen nach ist gegen letztern wegen Verbreitung staatsgefährlicher Schriften eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet.

Fulda, 4. Dec. Wie der „Fuld. Anz.“ vernimmt, wird der Titel des vom 1. Januar 1874 hier erscheinenden katholischen Blattes nicht „Fuldaer Volksblatt“, sondern „Fuldaer Zeitung“ lauten. Diefelbe soll von Caplan Joseph Panitz im hiesigen Priesterseminare, früher Lehrer an dem aufgehobenen Knabenconvicte, verantwortlich redigirt werden.

Wochum, 13. Dec. Die „Westfälische Volkszeitung“ meldet, der Cultusminister habe wider den Bischof von Baderborn wegen Nichtbefolgung der Pfarrei Olm die Temporalienperre verhängt.

Berlin, 13. Dec. Die „Spener'sche Zeitung“ ist heute definitiv für 175,000 Thaler incl. Gebäude und Druckerei an ein Consortium verkauft worden und wird von dem Leipziger Professor Birnbaum, nationalliberal, redigirt werden. Heiberg, der Gerant der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, wird Director. Die Liquidationsquote für die Actionäre wird höchstens 50 pCt. betragen.

Berlin, 13. Dec. Bezüglich des Zustandekommens des Civilehegesetzes schreibt die „Nordd. Allgem. Ztg.“: Die Nachricht, daß die Zustimmung des Fürsten Bismarck erst Montag telegraphisch aus Bargin erfolgt sei, ist erdichtet. Der Vicepräsident des Staatsministeriums hatte allerdings eine Audienz beim Kaiser, aber nur um die Beschleunigung der Vorlage zu erreichen, worauf der Kaiser am selben Abend seine Genehmigung erteilte. Von weiteren Kämpfen ist nicht die Rede gewesen.

Berlin, 13. Dec. Abgeordnetenhaus. Abg. Berger referirt Namens der Geschäftsordnungs-Commission über das Schreiben der Abgeordneten Krüger und Ahlmann in Betreff ihrer Eidesverweigerung. Derselbe beantragt, zu erklären, daß die genannten Abgeordneten nicht befugt seien, vor der Eidesleistung Sitze im Hause einzunehmen. Lasker beantragt, dieselben vor der Eidesleistung auch nicht zum Wort zu verstaten. Der Lasker'sche Antrag wird nach längerer Debatte mit 202 gegen 157 Stimmen, sodann der Antrag der Geschäfts-Ordnungs-Commission mit großer Majorität angenommen.

Bentzen, D.S., 8. Dec. Bei den hier vor einigen Tagen stattgefundenen Stadtverordneten-Wahlen gingen die Katholiken als Sieger aus dem mit großer Erbitterung geführten Kampfe hervor, da sie mit sieben Candidaten durchdrangen, während die Gegner nur fünf durchsetzten. Die Theilnahme an den Wahlen war eine außerordentliche. In der dritten Abtheilung wählten 75, in der zweiten 84, in der ersten 66 Procent der Wahlberechtigten. Die Katholiken stimmten wie Ein Mann. Als musterhafte Katholiken bewähren sich die hiesigen Elementarlehrer.

Ausland.

Bern, 12. Dec. Durch die letzte Encyclika veranlaßt, die permanente Vertretung des päpstlichen Stuhles aufzuheben, beschloß der Bundesrath, den Nuntius um Mittheilung des Tages seiner Abreise zu ersuchen.

Paris, 13. Dec. Bazaine hat anläßlich der Straftumwandelung einen Brief an Mac Mahon gerichtet, in welchem er ausspricht, der Marschall habe sich wohl der Zeiten erinnert, wo er gemeinschaftlich mit ihm dem Vaterlande gedient habe, er (Bazaine) fürchte, das Herz Mac Mahons habe über die Staatsklugheit gestegt, er würde gern den Tod erlitten haben.

Paris, 13. Dec., 9 U. 40 M., Morg. Bazaine's Abreise ist auf Mittwoch festgesetzt. Seine Keffen, welche Officiere sind, haben ihre Demission gegeben. Oberst Magnan ist zur Disposition gestellt worden.

Paris, 14. Dec. Bazaine's Familie erhielt die Erlaubniß des Mitaufenthaltsrechts am Detentionsorte.

Haag, 13. Dec. Eine officielle Depesche des Generals van Swieten aus Penang vom gestrigen Tage meldet: Die Ausschiffung der Truppen in Pedropint unterhalb des Atchinflusses auf der Abreise von Atchin hat trotz des feindlichen Feuers mit bestem Erfolge stattgefunden. Auf Seiten der Holländer wurde Niemand getödtet und nur einige wenige Leute verwundet. General Versprek leitete die erste Operation. Das Feuer der Schiffe hat viel zum Erfolge beigetragen. Der Geist der Truppen ist trotz der durch die Cholera erlittenen Verluste vortreflich. Die Truppen setzen sich zunächst in Kwagalighen fest.

Petersburg, 12. Dec. Das amtliche Blatt veröffentlicht den vom General Kaufmann mit dem Chan von Chiwa abgeschlossenen Friedensvertrag, sowie die Motive, die für die Bestimmungen desselben und für die Expedition gegen Chiwa überhaupt maßgebend waren, wobei auf die von Rußland in Centralasien verfolgte Friedenspolitik hingewiesen wird. Ein Theil des Landes am rechten Ufer des Amu-Daria ist an den Emir von Bokhara abgetreten.

New-York, 12. Dec. Der „Virginius“ ist nach Bahia honda (cubanischer Hafen, 60 engl. Meilen von Havanna) gebracht worden, wo er an Amerika übergeben werden wird. Der Generalcapitän Jovellar hat befohlen, die überlebenden Gefangenen noch heute auszuliefern.

Havanna, 11. Dec. Eine Proclamation des General-Capitans Jovellar verkündet die peinliche Aufgabe, den „Virginius“ auszuliefern. Jovellar bemerkt, daß ihm hiezu der bestimmteste Befehl geworden sei und ermahnt die Bevölkerung zum Gehorsam, da sie andernfalls zum Kriege gezwungen sein würde, ohne auf die Hilfe Spaniens rechnen zu dürfen.

Penang, 12. Dec. Nach hieher gelangten Nachrichten haben die Holländer am 9. d. M. bei Atchin 9000 Mann gelandet, ohne dabei auf Widerstand zu stoßen.

* Schwurgericht.

* Karlsruhe, 11. Dec. R. V. Heided von Hochstetten wird wegen Raubs auf der Landstraße zu 3 Jahren Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre verurtheilt.

* Literarisches.

Im Verlag von J. Bensheimer in Mannheim und Straßburg ist ein Lehrerkalender für Baden in zwei Theilen erschienen (1. Theil gebunden, 2. Theil brochirt) Preis 56 kr. Im 1. (gebundenen) Theile findet man alles, was der Lehrer in der Schule selbst braucht: Genealogie, Kalendarium, Notiz-Kalender, bewegliche Feste, Lectiionspläne, Schülerverzeichnisse und weißes Schreibpapier, im 2. (brochirten) Theile außer dem Verzeichnisse aller Volksschullehrer Badens (2640), nebst Angabe ihres Wohnorts und Receptionszeit, das Verzeichniß der Ministerien, Universitäten, polytechnische Schule, Oberschulrath, Gelehrtenschulen und der übrigen Lehr-Anstalten des Landes, mit namentlicher Angabe der Professoren, Lehrer etc.

Gegen Einsendung von 1 fl. in Briefmarken versendet die Verlags-handlung den Kalender franco per Post.

Briefkasten.

Nach dem See. Der betr. Artikel ist zu bedenklich. An mehrere Einsender. Es laufen in letzter Zeit bisweilen Artikel bei uns ein, deren Verfasser nicht unterzeichnet sind, weil sie annehmen, daß ihre Handschrift uns durch frühere Correspondenzen bekannt sein müsse. Bei den zahlreichen Briefen, die wir täglich erhalten, ist es aber rein unmöglich, die verschiedenen Handschriften noch nach längeren Zwischenpausen mit Sicherheit auf die nur vermutheten Einsender zurückzuführen. Wir müssen daher derartige Correspondenzen unberücksichtigt lassen, um nicht das Opfer von Mystificationen zu werden; bemerken indeßen, daß solche Correspondenten, die etwa statt jedesmaliger Unterschrift ein bestimmtes Zeichen wählen wollen, uns zur Annahme ihrer Artikel bereit finden, sobald sie uns von dem zu wählenden Zeichen in Kenntniß gesetzt haben.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bissing.

In der Herder'schen Verlagshandlung in Freiburg ist soeben erschienen und durch die Literarische Anstalt in Freiburg zu beziehen:

Reym, Franz, Geschichte des dreißigjährigen Krieges.

Nach den Resultaten der neueren Forschungen dargestellt Zweite, gänzlich umgearbeitete Auflage. Zwei Bände. Kl. 8°. (VII u. 687 S.) Preis: Thlr. 1. 22¹/₂ Sgr. — fl. 3.

Allen Freunden der Geschichte ist dieses Buch bereits bestens bekannt; daß jetzt eine zweite Auflage notwendig geworden, beweist, daß es im deutschen Publikum die Aufnahme gefunden, die es in der That verdient. Der Verfasser hat in dieser zweiten Auflage die mittleren zu Tage geförderten Resultate der fortgesetzten historischen Forschungen bestens verwertet und so den Zweck des Buches, die historischen Geschichtslagen über den dreißigjährigen Krieg, den Mangel an Geschichtskennntnis und gedankenloses Nachbeten professionmäßiger Geschichtsfälschungen zu einem Religionskriege machten, in seinem wahren politischen Charakter. Er stützt sich hierbei auf Autoren, welche nicht nach den Eingebungen des Parteigeistes, sondern nach untrüglichen Quellen und Urkunden die Geschichte jener traurigsten Periode Deutschlands geschildert haben und bringt so die lange auf Unkosten der Katholiken unterdrückte geschichtliche Wahrheit wieder zur Ehre. Wer immer etwas beitragen will, der Herrschaft der historischen Lüge überall entgegenzutreten, dem empfehlen wir, dieses treffliche Buch Reym's möglichst unter das Publikum zu bringen.

Auf bevorstehende Weihnachtszeit

empfehlen die unterzeichnete Buchhandlung ihr reichhaltiges Lager von Illustrierten Prachtwerken, Klassikern, Anthologien, Atlanten, Globen; Gebet- und Erbauungsbüchern in feinen und feinsten Einbänden; Volks- und Jugendschriften, Bilderbüchern, Zeichen-Vorlagen; ferner eine reiche Auswahl neuer

Photographien und Gekdruck-Bilder auf Leinwand, mit und ohne Rahmen, und ist solche gerne bereit, auch nach auswärtig Einsichtsendungen zur Auswahl zu machen und Weihnachtskataloge zu versenden.

Freiburg. 4.4. Literarische Anstalt.

Bekanntmachung.

Nr. 23,329. Die Organisation der Erzbischöflichen Baubehörden betreffend.

An sämtliche katholische Stiftungscommissionen und Verrechnungen der unmittelbaren Stiftungen:

Durch Entschließung des Erzbischöflichen Capitels Vicariats vom 16. October l. J., Nr. 8176, wurde in Heidelberg ein weiteres Erzbischöfliches Bauamt errichtet und der Großh. Bauinspector Luz in Bruchsal zum Vorstand desselben ernannt.

Dem zu Folge wird vom 1. Januar 1874 an, wo das Erzbischöfliche Bauamt Heidelberg seine Thätigkeit beginnt, die für die beiden bisherigen Bauämter bestandene Bezirkseinteilung aufgehoben und von gedachtem Zeitpunkt an als Dienstbezirk zugewiesen:

I. Dem Erzbischöflichen Bauamt Heidelberg die Orte in den Landcapiteln Bischofsheim an der Tauber, Buchen, Heidelberg, Krautheim, Lauda, Mosbach St. Leon, Weibstadt, Walldürn, Weinheim, und aus dem Landcapitel Bruchsal die Orte Bretten, Heibelsheim und Karlsdorf.

II. Dem Erzbischöflichen Bauamt Karlsruhe die Orte in den Landcapiteln Bruchsal (mit Ausschluß der Orte Bretten, Karlsdorf und Heibelsheim) Ettlingen, Gernsbach, Lahr, Mühlhausen, Offenburg, Ottersweier und Philippsburg.

III. Dem Erzbischöflichen Bauamt Freiburg die Orte in den übrigen 17 Landcapiteln der oberrn Landesgegend. Karlsruhe, den 12. December 1873.

Katholischer Oberstiftungsrath.

2.1. Schaible. Schnepf.

Jericho - Rosen, Stelle - Besuch.

eine Pflanze des christlichen Weihnachtsfestes, in schönen Exemplaren aus Palästina eingetroffen, versendet à 1 fl. 30 kr. per Stück 2.1

Arnold Heberle in Biberach (Württemberg).

Thätige Agenten gesucht für den Verkauf von Anleihenloosen. Joh. S. Sternberg, Bankgeschäft. Frankfurt a. M.

Es sucht einer, der den Post- und Telegraphendienst zu erlernen wünscht, eine Stelle. Die Adresse theilt auf portofreie Anfrage unter Beischluß einer Freimarke die Exp. d. Bl. mit. 14.2

Sicht-, Rheumatismus-, Magenkrampf- und Sämorrhoidalkranke heilt Dr. Müller, in Frankfurt a. M. Sendenbergstr. 5. Kurprospecte gratis franco.

In der Unterzeichneten ist soeben erschienen:

Porträt von Papst Pius IX.

Neueste Aufnahme vom 16. October 1873. Rabinetformat: 24 kr. Franco per Post: 26 kr. Freiburg. Literarische Anstalt.

Bei der Expedition des Bad. Beobachters ist zu haben:

Neuntes Heft der Weststimmen:

Die Versucher.

Eine Scene von Conrad von Bolanden. Preis 7 kr. Gegen Einsendung von 8 kr. in Freimarken Frankozusendung.

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.

Dienstag 16. Dec. Viertes Quartal. 139. Abonnements-Vorstellung. Die Garfenschule. Schauspiel in drei Akten von Brachvogel. Anfang halb 7 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch 17. Dec.: Die Hochzeitsreise. Lustspiel in 3 Akten von Benedix. S'lesti Fensterln, und: Drei Zabel'n danach. Zwei Alpen-scenen von J. G. Seidel, Musik von Lachner. Anfang halb 7 Uhr.



Fahrtenplan vom 1. Nov. 1873

anfangend:
Abgang von Karlsruhe:
Nach Rastatt, Baden, Freiburg u.:
1.10*. 6.45. 7.35*. 10.45. 11.40*. 1.45
2.30*. 5. 7.40. (10.15 nur bis Rastatt).
Nach Bruchsal und Heidelberg u.:
7.10. 9.30. 11.12*. 12.40. 1.40*. 4.55.
3.25*. 8.40. 2.40*.
Nach Pforzheim (Mühlacker):
7.50. 10. 1.20*. 1.45. 5.5. 7.45. 11.50*.
Von Pforzheim nach Karlsruhe:
5.25. 6.40. 6.29*. 9.42. 12.23. 1.29*
4.48. 9.10.
Nach Mannheim (Rheinthalbahn):
6.10. 9.30. 2. 7.15.
Von Mannheim nach Karlsruhe:
5.50. 10.35. 2.30. 6.45.
Nach Maxau:
6.35. 8.15. 10.45. 2.30. 6.5.
* Schnellzüge.

Bonner Fahnen-Fabrik.

Zeugniß.

Mit Freuden gebe ich der Bonner Fahnenfabrik das Zeugniß, daß die Fahne, eine Kreuzfahne mit Bildnissen: St. Maria als Himmelskönigin auf der einen Seite, und St. Bartholomäus auf der andern Seite, von ihr schön und prachtvoll für unsere Kirche ausgeführt ist, so daß alle Beschauer ihre Zufriedenheit mit derselben und ihre Freude an den herrlich ausgeführten Bildern und an der schönen Decoration der Fahne unverhohlen zu erkennen geben. Ich nehme mithin keinen Anstand, diese Fabrik Allen zu ähnlichen Aufträgen zu empfehlen.

Frohnhäuser bei Borgholz, 12. November 1873.

4. Tetwes, Pfarrer.

In der Expedition dieses Blattes sind zu haben:

Sonntagskalender. 9 kr.
Marienkalender. 12 kr.
Kalender für Zeit & Ewigkeit von Alban Stolz. 9 kr.

Geburten.

- 5. Dec. Stephanie Anna, Vater Gustav Männing, Kaufmann.
- 10. " August, Vater Johann Baptist Klingele, Kaufmann.
- 11. " Adolf, Vater Johann Schwaiger, Gefangenwärter.
- 11. " Emilie Marie Martha, Vater Emil Krauth, Wirth.
- 12. " Otto Hermann, Vater Severin Starz, Anstreicher.
- 12. " Wilhelm, Vater Jaak Diesenbronner, Metzger.
- 12. " Rosalie Margarethe, Vater Andreas Bruch, Sattler.
- 12. " Emma, Vater Lorenz Rinderkasper, Polizeidiener.
- 12. " Johanna Margaretha, Vater Johann Romming, Schmied.
- 12. " Marie Amalie, Vater Adolf Adam, Hofbuchhalter.
- 12. " Wilhelm Heinrich, Vater Wilhelm Brehm, Handelsgärtner.

Todesfälle.

- 12. Dec. Friedrich Daubmann, Weber, ein Ehemann. 40 J.
- 12. " Mina, Vater Schuhmachermeister Müller. 3 J.
- 12. " Friedrich Höd, Maler und Photograph, ledig. 18 J.
- 12. " Karl v. Stebinger, Königl. Preuß. Major a. D. 60 J.
- 13. " Auguste, Wittwe des Schneidermeisters Sped. 60 J.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 13. Dezember.

Staatspapiere	pr. comptant	Staatspapiere	pr. comptant	Staatspapiere	pr. comptant	Staatspapiere	pr. comptant
Preußen 4 1/2% Consol. Oblig.	—	Rußland 5% Obligationen v. 1872	93 1/2	5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	85 1/2	Finnländer 10-Thlr.-Loose	9 1/2
4 1/2% do.	—	Belgien 4 1/2% Obligationen	100 1/2	3% do. do.	49 1/2	Reininger 7-fl.-Loose	—
4% do.	97 1/2	Schweden 4 1/2% Oblig. in Thaler	96 1/2	5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	—	W e c h s e l - C o u r s .	
Baden 5% Obligationen	103 1/2	Schweiz 4 1/2% Eidgenossensch.-Obl. i. Fr.	—	5% do. do. 2. Emiff.	—	Amsterdam L. S.	99
4 1/2% do.	100 1/2	4 1/2% Berner Obligationen	97	5% do. do.	—	Antwerpen	100
4% do.	95 1/2	R.-Amerika 6% Bonds 1882r v. 1862	93 1/2	5% Böhmisches Westbahn, 1863, 300 fl.	—	Berlin	104 1/2
3 1/2% do. v. 1848	90 1/2	6% " 1885r v. 1865	99 1/2	3% Oesterr. Staatsb. (L.-8. Em.) 28tr.	61 1/2	Bremen	105 1/2
Bayern 4 1/2% Obl. 1856 R. 1. jährl.	101	5% " 1904r 10/10 1864	—	5% Hessische Ludwigsbahn (Verb. d.)	102 1/2	Frankfurt	93 1/2
4 1/2% " (Rins 1 jährl.)	—	Spanien 3% neue Schuld von 1869	15 1/2	6% Pfälzische Ludwigsb. (Verb. d.)	80 1/2	Hamburg	105 1/2
4% " 1 jährl.	96 1/2	Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 fr. do. leere.	92 1/2	6% Central Pacific, rüd. 1898	—	Hildesheim	105
Württemberg 5% Obligationen	105		—	6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	—	Köln	118 1/2
4 1/2% do.	100 1/2		—	6% südl. Pac. Riff. r. 1888 v. 1869	—	Leipzig	—
4% do.	96 1/2		—		—	London	118 1/2
Bassau 4 1/2% Obligationen	96		—		—	Madrid	—
3% do.	91 1/2		—		—	Paris	93 1/2
Sachsen 5% do.	—		—		—	Wien	103 1/2
Thür. 5% do.	—		—		—		
Gr. Hessen 5% do.	99 1/2		—		—		
4 1/2% do.	97		—		—		
Oesterr. 5% Silberrente R. 4 1/2%	65 1/2		—		—		
4% Papierrente R. 4 1/2%	—		—		—		
do.	61 1/2		—		—		
5% Ung.-C.-B.-Anl. 1868	71		—		—		
Rußland 5% Oblig. v. 1871	93 1/2		—		—		

Druck und Verlag von L. Schweiß, Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.